



FOTO: DPA

## Angriffchen auf Konzerne

Strom soll billiger werden. Deshalb will Brüssel die Unternehmen zum Verkauf der Netze zwingen. Deutschland und Frankreich bremsen Vorstoß



Die EU-Kommission will, dass der Wettbewerb bei Strom und Gas endlich in Gang kommt. Doch der gestern vorgestellte Gesetzesvorschlag lässt den Monopolisten eine Hintertür SEITE 2

FOTO [M]: NONSTOCK/MAURITIUS, OUWERKERK

### taz muss sein

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 7.516 GenossInnen, die in die Pressefreiheit investieren.

Infos unter [geno@taz.de](mailto:geno@taz.de) oder  
Tel: 030 - 25 90 22 13

Aboservice: 030 - 25 902-590  
fax: 25 902-680 / [abomail@taz.de](mailto:abomail@taz.de)

Anzeigen: 030-25 90 22 -38 /-90  
fax: 030 -251 06 94  
[anzeigen@taz.de](mailto:anzeigen@taz.de)

Kleinanzeigen: 030-25 90 22 22

Redaktion: 030 - 25 902-0  
fax: 030 - 251 51 30/ [briefe@taz.de](mailto:briefe@taz.de)

taz, die tageszeitung,  
Postfach 610229, 10923 Berlin  
taz im Internet: [www.taz.de](http://www.taz.de)

### Kommission ohne Energie

Mit einem beherzten Sowohl-als-auch ist die EU-Kommission gestern den Grundsatzfragen der künftigen europäischen Energiepolitik ausgewichen. Sollen Staatsmonopole, bei denen Stromerzeugung und Netze in einer Hand sind, zerschlagen werden? Am liebsten schon, sagt die Kommission. Wenn aber ein mächtiges Land wie Frankreich sich nicht von alten Strukturen verabschieden will, soll es aus einem großen Staatsbetrieb zwei kleinere machen dürfen. Die neuen Unternehmen müssen nur bei unterschiedlichen Aufsichtsbehörden oder Ministerien angesiedelt sein. Das ist eine rein kosmetische Korrektur.

Soll ein Stromriese wie RWE die von ihm produzierte Energie weiterhin über eigene Netze verteilen dürfen,

was den Zugang anderer Anbieter wie Windparkbetreiber erschwert und verteuert? Besser nicht, sagt die Kommission. Wenn sich aber ein Energieunternehmen nicht von seinem Versorgungsnetz trennen will, dann soll ein „unabhängiger Systembetreiber“ die Geschäfte führen und sicherstellen, dass andere Stromerzeuger gleichberechtigten Zugang erhalten.

Die Kommission hat klar gesagt, dass sie diese Alternative für die zweitbeste Lösung hält. Der „unabhängige Systembetreiber“ wird zusätzliche Bürokratie bedeuten und nicht für die gewünschten klaren Verhältnisse sorgen – weder bei Biostrom-Anbietern noch bei anderen konkurrierenden Stromerzeugern oder den Verbrauchern. Auch die geplante neue Agentur, die

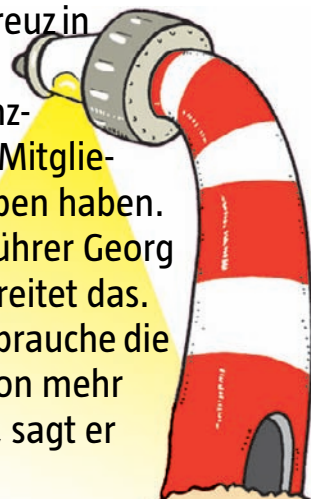
die Zusammenarbeit der nationalen Regulierungsbehörden verbessern und das Stromnetz grenzüberschreitend durchlässiger machen soll, bedeutet mehr Bürokratie.

Dafür seien die Mitgliedstaaten verantwortlich, die eine klare Reform blockieren, erklärte Kommissionspräsident Barroso gestern. Oft seien es die Gleichen, die von Brüssel verlangten, Bürokratie abzubauen. Der Vorwurf zielt auf Deutschland und Frankreich und trifft ins Schwarze. Doch die Kommission muss sich vorwerfen lassen, nach den mächtigen Mitgliedstaaten zu schielen, statt für den sachlich besten Vorschlag zu kämpfen. So gibt sie ihren Qualitätsanspruch schon auf, bevor der Gesetzgebungsprozess überhaupt begonnen hat.

### KOMMENTAR VON DANIELA WEINGÄRTNER

### TAZ NORD

Das Rote Kreuz in Hamburg soll Demenzerkrankte als Mitglieder geworben haben. Geschäftsführer Georg Kamp bestreitet das. Allerdings brauche die Organisation mehr Mitglieder, sagt er SEITE 21



### Mindestlohn für Postzusteller beschlossen

Die Bundesregierung will einen Mindestlohn für Postzusteller einführen. Wer Briefe und Postkarten austrägt, soll künftig 8 Euro oder mehr pro Stunde erhalten. Die Regelung gilt aber nicht für Kuriere und Zeitungszusteller. Private Post-Konkurrenten kritisierten den Beschluss. SEITEN 6, 11

### EHE AUF ZEIT

Die CSU-Politikerin Gabriele Pauli will, dass ein Ehevertrag zunächst nur noch für sieben Jahre gilt SEITE 7

### FAIRER SPRIT

In der Schweiz können Autofahrer jetzt auch fair gehandelten Biosprit kaufen. Der Aufpreis beträgt 36 Cent SEITE 8

### AUSSER KONTROLLE

Private Personenschützer der US-Botschaft in Bagdad haben zehn Zivilisten erschossen. Iraks Regierung spricht von Mord SEITE 9

### verboten

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Mit einem Vorschlag hat sich die Fürther Landrätin Gabriele Pauli im Rennen um den CSU-Vorsitz zurückgemeldet: „Mein Vorschlag ist es, dass Ehen nach sieben Jahren auslaufen. Das heißt, dass man Ehen in Zukunft nur noch befristet abschließt und dann aktiv ja sagt zu einer Verlängerung.“ *verboten* sagt „aktiv ja“ zur befristeten Partnerschaft! Das spart Nerven, Scheidungskosten und Auftragskiller! Nach sieben Jahren lässt sowieso, hormonell bedingt, die Geilheit auf den Partner merklich nach! Nach sieben Jahren sind die Kinder, Hand aufs Herz, doch auch schon aus dem Größten raus! Allerdings wäre eine solche befristete Partnerschaft gar keine Ehe mehr.

Sondern ein Abonnement.

übrigens: verboten darf nicht tagesschau heißen

